

GRÜNES BÜNDNIS
Neustadtstrasse 34
Postfach 31
6000 Luzern 4

RundBrief
1/2004

Zeitschrift
für Mitglieder
und Interessierte



Volksabstimmung vom 8. Februar 2004

Nein zum Avanti-Bschiss!

Schwerpunkt	4	Stadt	12
Das neue Mietrecht bringt mehr Nachteile als das alte.		Ein ausführlicher Legislaturrückblick der Grossstadtratsfraktion.	
Hintergrund	6	Agglo	20
Cécile Bühlmann über die Bundesratswahl und die neue Grüne Fraktion.		Die Grüne Politik in den Gemeindeparlamenten der Agglo.	

Verkehr verkehrt!?

Nein zum Avanti-Bschiss!

Adrian Borgula, Grossrat, Luzern

Der Bundesrat hatte erkannt, dass das Verkehrsproblem prioritär auch in den Agglomerationen zu lösen ist und nicht mit einer zweiten Gotthardröhre. Deshalb lehnte er die Avanti-Initiative ab und schloss in seinen Gegenvorschlag den Agglomerationsverkehr ein, wenn auch nur in bescheidenem Umfang. Verwundert rieb man sich die Augen, als das Parlament dann auch noch die zweite Gotthardröhre in den Gegenvorschlag hineinpackte: Dieser geht also weit über die durch die Strassen-, Transport- und Baulobby eingereichte Initiative hinaus! Diese Vorlage mit den Worten von Nationalrat Theiler als «Avanti Minus» zu bezeichnen ist schon fast eine arglistige Scheinheiligkeit.

Worüber stimmen wir ab?

Die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen umschreiben konkret etwa Folgendes:

- Der Alpenschutzartikel wird ausgehebelt, um den Bau der zweiten Gotthardröhre zu ermöglichen
- Fertigstellung des 1960 entworfenen Nationalstrassennetzes
- Ausbau bestehender Autobahnen auf über 400 km
- Kosten von insgesamt mindestens 30 Mia. Franken im Zeitraum von ca. 20 Jahren
- Verhältnismässig geringfügige Mittel zur Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen, wovon die Hälfte für den öffentlichen Verkehr versprochen ist
- Äufnung eines Fonds aus Geldern von Mineralölsteuer und Autobahn vignette zur Finanzierung
- Weit gehende Entscheidkompetenz beim Parlament, welches z. B. ohne Volksbefragung den Ausbau der Autobahnen Genf-Lausanne oder Bern-Zürich auf sechs Spuren beschliessen oder ein Projekt zweite Röhre sofort auslösen kann.

Die Befürworter argumentieren vor allem mit Strassen-Verkehrsüberlastungen und «volkswirtschaftlichen Schäden» der Stautunden. Auch die Sicherheit in Tunnels wird gerne genannt. Dazu bleibt aber festzuhalten, dass die Initiative schon eingereicht war, als der erste verheerende Unfall im Gotthardtunnel passierte, dass die Avanti-Leute dann schnell auf

das Sicherheitsthema aufgesprungen sind, sich aber gleichzeitig gegen ein Kreuzungsverbot für Lastwagen wehrten. Schliesslich operieren die BefürworterInnen – Männer sind dabei die treibenden Kräfte – mit so etwas wie «ganzheitlicher» Verkehrspolitik, bei der die Strasse «jetzt wieder zum Zug kommen» solle. Dies nachdem das Volk mit den Abstimmungen zu Alpenschutz, FinöV, LSVA und Neat die Weichen klar gestellt hat für einen starken öV und für die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Im Hintergrund ganz wichtig ist, dass sich die Baulobby schon heute neue Pfründe sucht, wenn dereinst die Eisenbahn-Grossprojekte auslaufen. Zudem lässt sich politisch Profit schlagen aus der Verärgerung vieler AutomobilistInnen, die – meist allein in ihren fünfplätzigigen Autos – in Staus stehen.

Horrende Kosten

Der TCS rechnet gesamthaft mit Kosten von gegen 60 Mia. Fr., Regierung und Parlament vorerst mit etwa 30 Mia. Jährlich sollen etwa 300–350 Mio. Fr. für den Agglomerationsverkehr abfallen, etwa hälftig für den öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr. D. h. 88–95 % der Gesamtsumme werden in den Strassenbau fliessen! Weshalb sich vor allem bürgerliche öV-SympathisantInnen mit solchen öV-Brosamen abspeisen lassen, ist mir schleierhaft. Dabei ist klar, dass in den nächsten Jahren die wesentlichen Verkehrsprobleme in den Agglomerationen zu lösen sind. Dagegen kann sich das Parlament nicht verschliessen und wird bei einem Nein am 8. Februar erst recht öV-Mittel sprechen müssen, denn anders als strassenverkehrskritisch und öV-freundlich ist eine Ablehnung des Gegenvorschlags nicht zu interpretieren.



Zur Sicherung der Finanzierung ist eine Fonds-Lösung vorgesehen. Viele bürgerliche PolitikerInnen, die sonst nicht müde werden, Fonds-Lösungen a priori als finanzpolitische Fehler zu geisseln, da Gelder so der Budget-hohheit des Parlaments, also auch den Kürzungen und der Schuldenbremse entzogen sind, finden diese Lösung nun plötzlich toll. Nur wenige (z. B. die Bundesräte Villiger und Merz) warnten vor der Intransparenz dieses Fonds. Ganz wichtig ist festzuhalten, dass dieser Infrastrukturfonds nur Neu- und Ausbauten finanziert, nicht aber den sprunghaft teurer werdenden Unterhalt oder die gesetzlich verpflichtenden Lärmsanierungen. Gerade der Lärmschutz ist ein Trauerspiel sondergleichen: Nachdem Bund und Kantone diese Aufgabe nicht fristgerecht bis Ende 2002 gelöst haben, wird die Sanierungsfrist einfach auf 2015 oder 2018 verlängert. Dabei leben im Kanton Luzern 46'000 Personen in Liegenschaften mit Grenzwertüberschreitungen! Das vorgeschlagene Finanzierungsmodell birgt die grosse Gefahr, dass Aufgaben wie Lärm- und Umweltschutz oder Unterhalt durch den Fonds-Bedarf konkurrenziert, verdrängt und vernachlässigt werden.

Die Strassenbauoffensive national ...

Was bei einer Annahme der Vorlage auf uns zukommt, ist eine wahrhaft einzigartige Strassenbauoffensive! Tatsache ist: Ein derart gewaltiges Ausbauprogramm bringt unweigerlich markanten Mehrverkehr. Das heisst auch mehr Umweltbelastung, Gesundheitsschäden, CO₂-Ausstoss, Lärm und letztlich mehr Unfälle, aber bestenfalls nur eine kurzfristige Entlastung überlasteter Strassenabschnitte. Es ist doch völlig klar, dass in unseren weitgehend gebauten Agglomerationen beim Ausbau neuer Zufahrten der Verkehr dann an den nächsten Flaschenhälsen stehen bleibt. Hier zu argumentieren, man brauche diese Kapazitäten, um Raum für den strassengebundenen öV zu schaffen, ist schlicht unredlich. Die Siedlungen vermögen den Mehrverkehr nicht mehr zu schlucken, mal ganz abgesehen davon, dass schon heute zu viel Strassenverkehr die Lebensqualität massiv beeinträchtigt. Schliesslich gefährden zusätzliche Strassen auch die Funktionstüchtigkeit und

Rentabilität des allzu zaghaft ausgebauten öV und des Schienen-Güterverkehrs. Ein Ja zum Avanti-Gegenvorschlag ist eine Einladung an Europa, noch mehr Lastwagen über die Alpenstrassen zu jagen.

... kantonal

Eines muss man Regierungsrat Pfister lassen: Durch eine flotte Planungsstudie zum Bypass und das Einpacken sog. Strassen-Schlüsselprojekte in das Agglomerationsprogramm hat er den Kanton für den nationalen Strassenbau in eine gute Startposition gebracht. Zwar ist der öV im Agglomerationsprogramm auch ein Thema, aber gerne hätten wir einen ähnlichen Planungseffort zum Beispiel für eine Schienenanbindung Kriens gesehen! Nichts da: Dieses öV-Schlüsselprojekt ist auf einen Zeitpunkt nach 2020 aufgeschoben, während Bypass, Südzubringer, Nordspange (Sädel) oder Anschluss Buchrain vorher realisiert werden sollen!

Was wollen wir

Unser Verkehrskonzept soll wenigstens zaghaft in Richtung Nachhaltigkeit steuern, klimapolitisch endlich Fortschritte bringen und die Alpen nicht dem Verkehr opfern. Der öV ist punkto Umweltbelastung und externer Kosten ungleich vorteilhafter. Wir wollen eine Entwicklung, die den CO₂-Ausstoss des Verkehrs (heute 30 %) dauerhaft und massiv reduziert. Wir wollen ein System, das sich der Siedlungsentwicklung und -gestaltung anpasst, mehr Lebensqualität und KundInnenzufriedenheit bringt (attraktive, preiswerte und verlässliche Verkehrsbeziehungen). Dies ist nur durch eine quantitative und qualitative Aufwertung des öV zu erreichen. Stichworte dazu sind u.a. ein S-Bahn-System Schweiz, die Sicherstellung der regionalen Versorgung durch Postautos und Rufbusse, der fristgerechte Bau des Neat-Basistunnels, die beschleunigte Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene, die Erhöhung der LSVA, die beschleunigte Umsetzung des Lärmschutzes und die Prüfung von «Road-Pricing-Systemen» in den grossen Agglomerationen. Gleisen wir diese Entwicklung mit einem Nein zum Avanti-Bschiss auf!



Abstimmungsparole

Gegenvorschlag Avanti-Initiative

NEIN

Abstimmung Revision des Mietrechts

Nein zu ständig steigenden Mieten

Michael Töngi, RundBrief-Redaktion, Kriens

Das neue Mietrecht bringt jährlich höhere Mieten – ohne irgendeine Gegenleistung. Damit würde das Wohnen in der Schweiz noch teurer. Das neue Mietrecht verdient eine wuchtige Ablehnung.

Das alte Mietrecht hat seine Tücken. Vor allem die Koppelung an den variablen Hypozins wurde von vielen Vermietern dazu ausgenutzt, bei steigenden Hypozinsen die Mieten zu erhöhen, Senkungen aber nicht an die MieterInnen weiterzugeben. Deshalb verlangt der Mieterverband seit langem ein gerechteres Mietrecht. Am 8. Februar stimmen wir nun über ein neues Mietrecht ab: Doch dieses bringt unterm Strich den MieterInnen noch mehr Nachteile als das alte. Der Mieterverband hat gegen diese Revision im letzten Winter das Referendum ergriffen und im Alleingang mehr als 100'000 Unterschriften gesammelt.



Abkoppelung für Vermieter versüsst

Das neue Mietrecht koppelt neu die Mieten von den Hypozinsen ab und bindet sie an die Teuerung an. Das ist an sich löblich, doch fiel die neue Lösung allzu vermietterfreundlich aus: Die Vermieter können neu jedes Jahr 100 Prozent der Teuerung auf die Mieten überwälzen. Das ist klar zu viel: Selbst nach Berechnungen des Bundesrates wären höchstens 80 Prozent gerechtfertigt, sollte die Mietrechtsrevision nicht zu Ungunsten der Mietenden ausfallen. Die Vermieter erhalten also neu einen automatischen vollen Teuerungsausgleich, ohne dass sie irgendeine Gegenleistung bieten müssen. Bei Renovationen und Verbesserungen an der Wohnung können die Kosten auch in Zukunft zum grössten Teil auf die Mieten überwälzt werden.

Undurchsichtige Vergleichsmiete

Ein weiterer Streitpunkt ist die sogenannte Vergleichsmiete. Mit dieser soll neu bestimmt werden, ab wann ein Mietzins missbräuchlich, also zu hoch ist. Die Vergleichsmiete wird aus harten und weichen Faktoren der Wohnung berechnet. Sie hat überhaupt nichts mehr mit den Kosten des Vermieters zu tun, sondern stützt sich auf statistische Erhebungen. Der Bunderat verkauft dieses neue

System unter dem Titel der Transparenz. Doch davon kann keine Rede sein: Wer nämlich wissen will, wo die Grenze für die eigene Wohnung liegt, erfährt diese erst, wenn er vor der Schlichtungsstelle seinen Mietzins einklagt. Die Vergleichsmieten werden nämlich nirgends publiziert, sie bleiben geheim.

Mietzinsspirale

Bei jedem Mieterwechsel und jeder Handänderung kann der Vermieter die Mieten bis zu 15 Prozent über diese Vergleichsmiete anheben. Es ist klar, dass diese Regelung eine Mietzinsspirale nach oben auslösen wird: Jede Erhöhung des Mietzinses erhöht auch die Vergleichsmiete und schafft damit wieder Raum für neue Mietzinssteigerungen. Eine Bremse ist nicht vorgesehen – die Mietpreise werden damit faktisch dem Markt ausgesetzt und der Mieterschutz wird geschwächt. Besonders verhängnisvoll sind die Aufschlagsmöglichkeiten bei Handänderungen: Sie laden geradezu zur Immobilien-Spekulation ein.

Wohnen – ein besonderes Gut

Zu bedenken gilt: Schon heute gibt ein Normalhaushalt einen Viertel seiner Ausgaben für das Wohnen aus – weit mehr als für die Gesundheit und fast doppelt so viel wie für die Ernährung. Und auf das Wohnen kann niemand – wie auf manch andere Ausgaben – verzichten. Wenn die Mietpreise überproportional ansteigen, so bleibt in anderen Bereichen immer weniger zum Leben. Leute mit einem kleineren Einkommen müssen schon heute proportional massiv mehr fürs Wohnen bezahlen als Reiche. Deshalb ist es ganz wichtig, dass das Mietrecht klare Grenzen gegen zu hohe Mieten setzt und Spekulation verhindert. Beidem wird das neue Mietrecht nicht gerecht, weshalb es eine klare Ablehnung verdient.



Abstimmungsparole

Mietrechtsrevision

NEIN

Besserer Schutz für mögliche Opfer

Nein zur Verwahrungsinitiative

Heinz Bäbler-Trinkler, RundBrief-Redaktion, Luzern

Am 8. Februar 2004 stimmen wir über die sogenannte Verwahrungsinitiative ab. Rund 190'000 Bürgerinnen und Bürger haben das Volksbegehren unterstützt. Der Bundesrat, die beiden Räte sowie die meisten Parteien lehnen das Begehren einer «lebenslangen Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter» ab.

In der öffentlichen Debatte sind insbesondere die Initiantinnen – zum grössten Teil Mütter, deren Kind Opfer eines rückfälligen Sexual- oder Gewaltstraftäters wurde – zu vernehmen. Dies ist sicher einer der Gründe, weshalb die Initiative bei vielen Menschen auf grosse Sympathie stösst. Die Initiantinnen geben sich betont «unpolitisch», bisweilen parteiunabhängig. Trotz Verständnis für die Initiative sollten wir die Augen nicht davor verschliessen, dass die SVP wie auch die FPS die Initiative aktiv unterstützen. Insbesondere im Falle der SVP sind wir gespannt, wie sich Bundesrat Blocher verhalten wird (Kollegialitätsprinzip versus Parteiräson). Mit dem Begehren möchten die Initiantinnen einen vollständigen Schutz (insbesondere für Kinder) vor solchen Tätern erzielen. Gegen einen guten Opferschutz hat niemand etwas einzuwenden, doch mit der vorgelegten Initiative wird die Situation für mögliche Opfer verschlechtert. Die Initiantinnen gehen davon aus, dass dies mit einer lebenslangen Verwahrung für schwer therapierbare Täter möglich sein wird.

Schwachpunkte der Initiative

Eine Entlassung soll nur geprüft werden, wenn durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse nachgewiesen ist, dass der Täter geheilt werden kann und künftig für die Allgemeinheit keine Gefahr mehr darstellt. Die Initiative sieht ferner vor, dass Gutachten zur Beurteilung von Sexual- und Gewaltstraftätern immer von zwei voneinander unabhängigen Experten zu erstellen sind und die Behörden für Rückfälle entlassener Täter verantwortlich gemacht werden können.

Es sind auch praktische Gründe, die gegen die Initiative sprechen. Den meisten Richterinnen

und Richtern wird es schwer fallen, über einen Menschen ein derart endgültiges Urteil zu fällen, wie es die Initiative verlangt. Das gelte auch für die Gutachter – mit der Folge, dass von der Verwahrung im Sinne der Initiative voraussichtlich nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht und allenfalls sogar darauf verzichtet werde, auch wenn ein Täter sehr gefährlich sei.

Revidiertes Gesetz ist differenzierter

Anders als die Initiative sieht das Gesetz eine neue Form von Verwahrung vor, die nicht nur bei Sexual- und Gewaltstraftätern, sondern auch bei allen Straftätern angeordnet werden kann, die schwere Taten begangen haben und bei denen die Gefahr eines Rückfalles besteht. Und das Gesetz ermöglicht – wiederum im Unterschied zu der Initiative – auch die Verwahrung von Tätern, die keine Störung im Sinne der Psychiatrie aufweisen, aber dennoch gefährlich sind. Ausserdem lassen es die neuen Bestimmungen im Strafgesetzbuch (StGB) zu, dass ein Täter, dessen Gefährlichkeit erst im Strafvollzug erkannt wird, nachträglich therapiert und verwahrt werden kann. Inwiefern die Bestimmung, dass eine einmal ausgesprochenen Verwahrung nur überprüft werden kann, falls neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen, die beweisen, dass der Täter geheilt werden kann, die Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt, ist umstritten. Viele Rechtsexperten kommen zum Schluss, dass dies der Fall ist. Auch wenn dies umstritten ist, bleiben genügend Gründe, das Begehren abzulehnen.



Abstimmungspareole

Verwahrungsinitiative

NEIN

Cécile Bühlmann zu Herbstsession & Bundesratswahl

Alles auf Kosten der Frauen

Michael Töngi, RundBrief-Redaktion, Kriens

Wenn rechte Politiker gewinnen, verlieren die Frauen. Cécile Bühlmann über die Bundesratswahlen, grüne Taktik und weshalb Blocher keine Feier in Zürich wollte.

In einer fulminanten Rede hast du vor der Wahl zwischen Hans-Ruedi Merz und Christine Beerli die Bundesversammlung aufgefordert, die Frau zu wählen. Gewählt wurde aber der Mann, wie hast Du dich danach gefühlt?

Cécile Bühlmann: Es war eine Ohrfeige, die zweite nach der Wahl von Blocher. Für mich war es der Beweis, dass die Politik nach rechts gerutscht ist. Dieser Rechtsrutsch hat sich schon länger abgezeichnet. Die Abwahl von Ruth Metzler und die Nichtwahl von Christine Beerli ist der Tatbeweis für die These, dass rechte Politik für Frauen verheerend ist.

Weshalb?

Weil Frauen in der Politik Postulate einbrachten wie soziale Gerechtigkeit, Schutz der Umwelt, nachhaltige Entwicklung, Sorgfalt im Umgang miteinander, es sind auch unsere Postulate – für diese stehen die Frauen mehr ein als rechte Männer. Die Sensibilität für diese Themen gerät heute unter die Räder. Die Rechten sagen: Das Wichtigste ist, den Staat hinunterzufahren und die Steuern zu senken. Das ist ein ganz anderer Blick auf die Welt, deshalb ist es auch kein Wunder,

dass jetzt zwei Männer gewählt wurden, die in der Wirtschaft gross geworden sind.

Zum Teil gab es Stimmen, die sagten, die Abwahl von Ruth Metzler sei halt Zufall respektive falsche Strategie gewesen. Du siehst das anders?

Wer die Geschichte der Frauen anschaut, weiss, dass das ein völlig ignoranter und perfider Blickwinkel ist. Weshalb sollte es Zufall sein, dass Ruth Metzler abgewählt wird? Ich hatte eine Stinkwut über solche Zeitungskommentare und fühlte mich gleich noch einmal geohrfeigt.

Der Bundesrat ist rechtsbürgerlicher geworden. Was heisst das für die Grüne Fraktion?

Wir kommen mit unseren Postulaten massiv unter Druck, denn wir hatten schon bisher keine einfachen Zeiten. In gesellschaftspolitischen Fragen gab es in der letzten Legislatur immerhin noch Fortschritte, sozialpolitisch und umweltpolitisch war schon Stillstand, und nun ist der Abbau angesagt. Die absolut wichtigste Frage ist jetzt, ob wir die Abstimmung zur 11. AHV-Revision gewinnen, ob der Widerstand in der Bevölkerung also wächst, und es sich zeigt, dass das rechtsbürgerliche Programm gar nicht mehrheitsfähig ist.

Haben die Grünen sich schon Gedanken gemacht, was das für ihre Politik heisst, haben sie schon Strategien entwickelt?



Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.
Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli & Hof

Bio-Hof Mättwil · 6005 St. Niklausen · Tel. 041 342 05 46

80 Jahre MV Luzern

«Für das Recht der Mieterinnen und Mieter»

Werden Sie Mitglied und lassen Sie sich beraten!

MV ■

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern
Mythenstrasse 2, 6003 Luzern
Telefon 041 220 10 22, Fax 041 220 10 21
www.mieterverband.ch/luzern

Wir mussten in den letzten Jahren oft den Bundesrat als Nichtregierungspartei gegen die Rechte schützen. Ich gehe davon aus, dass diese Zeiten vorbei sind. Im Gegenteil: In Zukunft werden wir volle Opposition gegen den rechten Bundesrat machen müssen. Die Frage wird hier auch sein, wie sich die SP stellen wird. Rein taktisch ist klar, dass wir sehr pointiert werden auftreten können und wir bei Wahlen zulegen. Doch das Zulegen der Linken bringt uns auch nicht weiter, solange sie keine Mehrheiten schafft. Wir müssen immer eine Mehrheit haben, um etwas zu erreichen. Solange wir in der Mitte keine Verbündeten haben, gelingt uns das nicht. Und die CVP und FDP sind klar nach rechts gerutscht.

Die CVP ist also nach dieser Wahl nicht offener gegen links geworden?

Wenn ich CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger anschau, der sogar als neuer CVP-Präsident im Gespräch war, ist das nicht der Fall: Er hat häufig mit der SVP gestimmt wie auch Josef Leu. In der CVP gibt es einen starken Rechtsausenflügel, ich kann mir nicht vorstellen, dass die CVP mit uns sozial- und umweltpolitische Anliegen durchsetzt. Ich denke, es gibt eine Verschärfung der sozialen Spannungen. Das ging übrigens mit den Demos gegen die neuen Bundesräte schon los. Zum ersten Mal muss man einen Bundesrat gegen die Bevölkerung schützen. Und dass Blocher sein Fest in Zürich abgesagt hat, ist nicht wegen des Sparens, das ist nur ein vorgeschobener Grund: Zürich hätte gebrannt, wenn ein Bundesrat Blocher durch die Bahnhofstrasse marschiert wäre. Die Spannungen auf der Strasse werden zunehmen, und bei der Mobilisierung werden die Grünen eine entscheidende Rolle spielen.

Etwas Positives gibt es aus Bern trotzdem zu melden: Ihr seid seit den Wahlen eine grössere Fraktion. Spürst Du schon Unterschiede zur vorhergehenden Fraktion?

Es ist einfach aufwändiger, es gibt mehr Diskussionsbedarf. Von den 15 NationalrätInnen sind sechs neu in der Fraktion. Diese haben noch viel Fragebedarf über das Parlament. Ich muss strenger und straffer führen. Wir haben längere Sitzungen, vielleicht müssen wir einen Ausschuss bilden, um alles vorbereiten zu können, was allerdings schade wäre. Für mich – wie auch für Ruth Genner als Präsidentin und Hubert Zurkinden als Generalsekretär – ist es viel strenger geworden.

Es hat nicht nur mehr Leute, sondern auch mehr Einzelmasken.

Einzelmasken ist das falsche Wort. Es hat Leute, die schon sehr lange Politik machen und unglaublich erfahren sind und viel Vorwissen

haben. Einige sind heute schon Medienstars, wie Jo Lang, Daniel Vischer oder Luc Recordon. Es gibt bis jetzt ein Fraktionsmitglied, das häufig nicht auf der Linie der linken Partei ist: Martin Bäumle. Wir wussten dies, er bezeichnet sich selber als Ökoliberalen, und mit ihm gab es auch die erste Auseinandersetzung.

Er kokettierte mit einer Wahl von Blocher. Wie ging die Fraktion damit um?

Ich habe sehr ernsthaft mehrmals mit ihm geredet. Sein Argument, Blocher müsse eingebunden werden und die Konkordanz gewahrt werden, war nicht einfach falsch, aber wir haben als Fraktion eine gute, andere Strategie gehabt mit einer programmatischen Kritik an der SVP und nicht an der Figur Blocher. Blocher ist eine Symbolfigur dieser Politik, und es war nicht unser Ziel, ihn zu dämonisieren, hinter ihm steckt ein ganzer Apparat. In diese Strategie passte es nicht, dass ein Grüner Blocher wählt. Zuletzt kam Martin Bäumle zur Einsicht, dass es nicht gut wäre – vor allem bei einem sehr knappen Resultat – wenn er Blocher die Stimme geben würde.

Gab es auch Gespräche mit der SP?

Es gab mit allen – ausser mit der SVP – Gespräche. Die SP hatte ein einziges ganz klares Interesse, und das war die Wiederwahl ihrer zwei Bundesratsmitglieder. Die SP liess verschiedene Optionen offen, weshalb es nie eine wirklich ernsthafte Diskussion für eine neue Zusammensetzung des Bundesrates gegeben hat mit der Idee einer Konkordanz, die auf einem minimalen Konsens beruht. Die SP war dafür nicht zu haben, weil sie total Angst hatte vor einer Abwahl von Micheline Calmy-Rey. Sie fürchtete eine Retourkutsche, wenn Ruth Genner bei einer Nichtwahl von Blocher gegen Samuel Schmid angetreten wäre. Ruth Genner hätte höchstens 20 SP-Stimmen erhalten.

Ist das frustrierend?

Ja schon, vor allem, wenn ich dann nach der Bundesratswahl wieder höre, dass die SP mit uns auf Opposition machen will und nach den Wahlen immer vom Vormarsch der Linken sprach, obwohl es die Grünen waren, die wirklich gewonnen haben. Klar ist aber nach wie vor: Die SP ist unsere beste Verbündete.



Sanierung/Erweiterung des Kantonsspitals Sursee JA zur Abstimmungsvorlage

Patrick Graf, Grossrat, Kriens

Am 8. Februar stimmen wir über einen Kredit von knapp 28 Millionen Franken ab für die Sanierung und Erweiterung des Kantonsspitals Sursee. Die Grüne Grossratsfraktion empfiehlt trotz Vorbehalten ein Ja.

Sparhysterie als Umfeld

Das Projekt steht in einem spitalpolitischen Umfeld, das als «Sparhysterie» beschrieben werden muss. Die Spitäler müssen einerseits mit steigenden Kosten und Belastungen umgehen, die sie kaum selber beeinflussen können (medizinischer Fortschritt, teure Medikamente etc.). Andererseits folgen immer neue und radikalere Sparrunden – vor allem seit den Steuersenkungen. Zum letztjährigen Personalstopp kommt der diesjährige Personalabbau, und das für 2004 notwendige Geld für Betrieb und Investitionen wurde um rund 50 Millionen (!) gekürzt – mit entsprechenden Folgen für Personal, Patientensicherheit und Versorgung: Zweiklassenmedizin lässt grüssen. Und der Nachholbedarf für Investitionen steigt damit laufend an.



Investitionen dringend notwendig

Ursprünglich war in Sursee ein 80-Millionen-Projekt geplant, und 1994 wurde ein Projekt für 33 Millionen verabschiedet – damals gegen die Grünen. Die damaligen Hauptkritikpunkte am inzwischen an den Finanzen gescheiterten Projekt – fehlende Spitalplanung und kein Architekturwettbewerb – sind mit der jetzigen Vorlage behoben. Das Projekt wurde optimiert und ist mit 28 Millionen noch etwas günstiger. Das architektonische Konzept überzeugt insgesamt.

Diese Investition ist für das Spital dringend notwendig. Vor allem die Operationsräume platzen aus allen Nähten und müssen (inkl. Einrichtungen) unbedingt erneuert werden. Auch der Ausbau des Ambulatoriums ist sinnvoll und notwendig, hat sich doch die

Anzahl ambulant behandelte Patienten seit dem Bau mehr als verdoppelt und wird wohl weiter zunehmen.

Hauptkritikpunkte Küchenkonzept und Energie

Unser wichtigster Kritikpunkt ist die neu geplante Küche nach dem sogenannten «Cook-and-Chill»-Verfahren. Dieses als zukunftsweisend verkaufte Verfahren sieht vor, dass das Essen für die beiden Spitäler Sursee und Wolhusen in einer neuen zentralen Küche in Sursee gekocht, zubereitet und auf 2–4 °C «schockgekühlt» wird. Zusätzliche Strassen Transporte zwischen Sursee und Wolhusen sind die logische Folge dieses Konzeptes. Zudem sind wir skeptisch, ob dieses Verfahren wirklich so gesund und energieeffizient ist, wie die Regierung verspricht. Die behauptete ausgeglichene Energiebilanz konnten wir nicht überprüfen, und ein Ver- und Entsorgungskonzept mit minimiertem Verkehr ist erst noch zu erstellen.

Mit diesem Küchenkonzept sollen rund 10 Stellen und etwa 500'000 Franken Betriebskosten pro Jahr eingespart werden. Wir hoffen, dass dies tatsächlich wie versprochen ohne Entlassungen geht, und dass mit dem gesparten Geld und den Stellen wenigstens die Situation im medizinischen Bereich und bei der Pflege entschärft wird.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Energie. Wie bei den meisten Bauprojekten des Kantons fehlen brauchbare Angaben zu Energieverbrauch, Wärmedämmung etc. Der Minergiestandard – von anderen Kantonen zwingend einzuhalten – wird nicht einmal diskutiert.

Positive Punkte überwiegen

In der Abwägung der positiven und negativen Punkte und angesichts der Notwendigkeit und Dringlichkeit der Sanierung kam die Fraktion aber zum Schluss, dass die Kritikpunkte nicht gewichtig genug sind, um das ganze Projekt abzulehnen. Ein weiteres Hinauszögern dieser Investition wäre nur schwer zu verantworten und würde wohl die Sparhysterie noch weiter verstärken. Zudem wäre bei einer Ablehnung wohl mit einem billigeren und noch weniger ökologischen Projekt zu rechnen.

Die Grossratsfraktion des GB empfiehlt deshalb, dem vorliegenden Projekt zuzustimmen und die damit verbundenen Kröten zu schlucken.

Abstimmungsparole

«Sanierung und Erweiterung des Kantonsspitals Sursee»:

JA

Persönliches Stimmungsbild aus dem Vorstand

Austausch mit der Parteibasis

Christa Stocker, Grossstadträtin, Luzern

Vor zweieinhalb Jahren organisierte sich der städtische GB-Vorstand neu. Das Modell «Aktiver Vorstand» war die vorläufige Antwort auf die Tatsache, dass sich kein Präsident/keine Präsidentin finden liess. Der Vorstand hat Erstaunliches geleistet. Weiter gesucht sind Formen für die inhaltliche Auseinandersetzung politischer Themen mit der Parteibasis.

Vor gut 4 Jahren trat ich dem Städtischen Vorstand bei, mit der Idee, die Vernetzung zwischen Fraktion und Parteivorstand zu verbessern. Ein weiterer, nicht unwichtiger Grund war der Mangel an Vorstandsmitgliedern. Im Moment arbeiten vier Frauen der Fraktion kontinuierlich im Vorstand mit. Nach anfänglichen Unsicherheiten durch die neue Zusammensetzung hat sich der Vorstand zu einer produktiven und konstruktiven Arbeitsgruppe entwickelt. Die Stimmung ist gut. Mit viel Engagement haben wir den städtischen Bereich für die kantonalen und nationalen Wahlen abgedeckt. Immer wieder versuchten wir die Basis durch Veranstaltungen oder erweiterte Vorstandssitzungen anzusprechen, um die aktuellen Themen möglichst breit zu diskutieren. Mit viel Gedankenarbeit, Fantasie und ansprechenden Ideen, so dachten wir jedenfalls, versuchten wir, die Grünen Mitglieder und SympathisantInnen anzusprechen. Es ist uns leider mehr schlecht als recht gelungen, denn zu viele Stühle blieben bei den Veranstaltungen leer. Ich möchte nicht morali-

sieren. Mir ist klar, dass wir Menschen von heute immer viel um die Ohren haben. Die meisten von uns leben in einer bewegten Welt, sowohl beruflich wie privat. Trotzdem frage ich mich oft, wie die Stimmungsbilder zu heissen Themen an der Basis, z. B. zum KKL, zur Boa, zu den anstehenden Verkehrsfragen etc., aussehen.

Die Arbeit im Grossen Stadtrat macht mir meistens Spass. Manche Themen verlangen viel Knochenarbeit, um sie im Detail zu erarbeiten. Gerade deshalb ist es mir wichtig, mit Menschen aus der «Grünen Bewegung» Fragestellungen zu diskutieren. Wenn viele mitdenken, fliessen verschiedene Blickwinkel ein. Der Austausch in der Fraktion ist intensiv. Da wir aber an den Sachbereichen stetig nahe dran sind, ist es wichtig, auch andere Meinungen zu hören. Meinungen, die unabhängig von der parlamentarischen Arbeit gebildet wurden. Dazu brauchen wir euch, die Menschen aus der «Grünen Bewegung». Ich glaube daran, dass es sie gibt. Vielleicht hat der Städtische Vorstand noch nicht den durchschlagenden Kommunikationskanal gefunden. Wenn das der Fall ist, sind wir froh und dankbar um eure Anregungen. Fraktion und Vorstand möchten nämlich eine gute Arbeit leisten, zu Gunsten einer ökologischeren und sozialeren Stadt Luzern, in der es attraktiv ist zu wohnen und zu arbeiten.



www.baukultur.ch

BÜRO FÜR BAUKULTUR GMBH
EDGAR UEBERSCHLAG
ROBERTO CONCIATORI
ARCHITEKTUR
BAUÖKOLOGIE
FLUHATTSTRASSE 2
CH-6004 LUZERN
TEL. 041-412 02 90
FAX 041-412 02 91

Städtische Wahlen 2004 Grüne im Vormarsch

Hans-Peter Hug, Mitglied städtischer Vorstand, Luzern

Auch die Eidgenössischen Wahlen vom 19. Oktober 2003 brachten den Grünen wiederum Gewinne. Das Grüne Bündnis (GB) erreichte in der Stadt Luzern rund 20 Prozent der Stimmen.

In der Stadt Luzern legt das GB kontinuierlich zu. Und vor vier Jahren holte es mit Ruedi Meier einen Sitz im Stadtrat. Sowohl Ruedi Meier als auch die Fraktion haben sehr gute, inhaltlich breite und differenzierte politische Arbeit geleistet (vgl. anschliessende Bilanzen). Damit trägt das GB entscheidend zu einer sozialen, umweltbewussten, modernen und aufgeschlossenen Stadt Luzern bei.

Bei den letzten städtischen Parlamentswahlen erreichte das GB 8 Sitze. Nun gilt es den Schwung der grünen Erfolgswelle weiter auszunützen. Das GB strebt zusätzliche Sitze an.

Besonders schön wäre es, wenn auch ein Sitz an die Jungen Grünen ginge, die nicht nur das bisherige Image des GB pflegen, sondern kreativ und eigenständig auftreten.

Das GB hofft, dass die sozialen Kräfte (GB und SP) gestärkt aus den städtischen Wahlen hervorgehen und das Bild einer sozialen, umweltbewussten, modernen und aufgeschlossenen Stadt vermitteln. Das GB wünscht sich möglichst viele GrosstadträtInnen – auch aus anderen Parteien –, die an einer Kultur der fairen Auseinandersetzung interessiert sind. Eine Polterer-Politik gilt es nur schon aus Gründen eines Imageverlusts für die Stadt zu verhindern.

Besonders wichtig ist dem GB die Weiterführung der Koalition der Vernunft in der Exekutive. Diese Regierung der sozial und kulturell offenen Kräfte hat eine zweite Runde verdient.



st a t t k i n o

ab 29. Jan.	3 Filme islamischer Alltag in Luzern
ab 29. Jan.	MUTTI – DER FILM Ades Zabel, Biggy van Blond u.a.
ab 5. Feb.	CAPTURING THE FRIEDMANS Andrew Jarecki
ab 8. Feb.	LE GRAND CHALET DE BALTHUS Irène Loebell
ab 26. Feb.	SKINHEAD ATTITUDE Daniel Schweizer

Stattkino Detaillierte Angaben entnehmen
im Panorama Sie bitte der Tagespresse oder dem
Luzern Monatsprogramm www.stattkino.ch

Die Idee
von Ihnen

Das Holz
aus der Region

Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83

PATRICK STEINER

PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN

BÜRGENSTR. 34/36
6005 LUZERN
TEL. 079 650 79 42

Grosstadtratsliste Junge Grüne Luzern

Junge Grüne in den Grosstadtrat

Andreas Schönbächler, Junge Grüne, Luzern

Es regt sich etwas! Motiviert durch das erfreuliche Abschneiden bei den Nationalratswahlen im vergangenen Herbst, aber auch durch die gute Zusammenarbeit unter den Kandidatinnen und Kandidaten, haben sich die Jungen Grünen in Luzern neu formiert.

Wir wollen eine ernst zu nehmende politische Gruppierung werden, die den Anliegen von verantwortungsbewussten, ökologisch und sozial sensibilisierten jungen Menschen eine Stimme gibt. Im Verlauf der letzten Wochen sind wir bereits auf mehreren Ebenen aktiv geworden. Neben der Unterstützung der JUPA-Initiative für zwei autofreie Sonntage in der Stadt Luzern, für die wir bei beissender Kälte tatkräftig Unterschriften sammelten, steht auch eine Aktion gegen den Avanti-Gegenvorschlag auf dem Programm.

Eine eigene Liste

Unser derzeit wichtigstes Projekt ist aber die Teilnahme an den städtischen Wahlen vom kommenden März. Wir haben uns das ambitionöse Ziel gesetzt, mit einer eigenen Jungen Grünen Liste einen Sitz im Grossen Stadtrat von Luzern zu erobern. Damit Reststimmen nicht verloren gehen, ist eine Unterlistenverbindung mit der GB-Liste vorgesehen. Zwölf Personen haben sich für eine Kandidatur zur Verfügung gestellt, einige mit der Absicht, gewählt zu werden, andere, um dieses Vorhaben mit ihrem Engagement aktiv zu unterstützen.

Die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten sind:

Katharina Meile, Andreas Schönbächler, Korintha Bärtsch, Jonas Aebi, Flurina Egli, Severin Bischof, Nina Langensand, Olivier Dolder, Zora Schelbert, Jonas Ott, Martina Schönbächler und Micha Vollmeier.

Unsere Themen

Damit wir eine Chance auf Erfolg haben, sind wir nicht nur auf die Stimmen der Wählenden angewiesen, auch im Vorfeld benötigen wir Unterstützung. Das Grüne Bündnis hat trotz knapper Gelder die Finanzierung der Wahlzeitung übernommen, wofür wir sehr dankbar sind. Für zusätzliche Präsenz im Wahlkampf beabsichtigen wir, eine eigene Standaktion durchzuführen, wenn möglich sogar eine grössere Veranstaltung wie eine Party. Dafür müssen wir unser Budget aufbessern und sammeln nun Spenden in unserem persönlichen Umfeld.

Die thematischen Schwerpunkte unseres Wahlkampfes sind Jugendpolitik, Verkehr und Kultur. Wir wollen uns einsetzen gegen die Verdrängung von Nischen für Alternativkultur aus der Stadt, für eine lebensfreundlichere Gestaltung des öffentlichen Raumes und für die Mitsprache der Generation der Zukunft in der Politik. Wir hoffen, damit vermehrt auch junge Menschen anzusprechen und zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen. Wenn uns dies gelingt, sind wir zuversichtlich, dass die Grüne Fraktion im Grossen Stadtrat am 28. März mit einer Vertretung der Jungen Grünen verstärkt wird.



Löcher für Laster?

NEIN!

Zum Avanti-Gegenvorschlag am 8. Februar, S.V.P.

www.jungegruene.ch

junge gruene

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Ziele Grüner Stadtpolitik

GB Fraktion Grosser Stadtrat, Luzern

Am 28. März 2004 werden die StadtluzernerInnen das Stadtparlament neu wählen. Die Grüne-Bündnis-Fraktion zählt bis anhin acht Mitglieder. Sie alle haben einen Legislaturbericht zu ausgewählten Themen verfasst.

Eine gute Schule ist nicht gratis zu haben

Christa Stocker

Die Schulen der Stadt Luzern müssen sich gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen, sei es durch die Einführung von Tagesschulen, sei es durch den Ausbau der Schulsozialarbeit oder die Einführung der Basisstufe.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich verändert: Viele Eltern sind Alleinerziehende. In vielen Familien sind beide Elternteile erwerbstätig, sei es, weil die Eltern bewusst die Familienarbeit aufteilen wollen, sei es, weil ein Lohn allein zum Leben nicht ausreicht. Sie alle brauchen ganztägige Betreuungsangebote. Konkret: Plätze in Horten und Tagesschulen.

Tagsstrukturen fördern nicht nur die soziale Integration, insbesondere von fremdsprachigen Kindern, sondern steigern auch – wie die Pisa-Studie nachweist – den Lernerfolg. Nachdem die Einführung der Tagesschule in einer Volksabstimmung gescheitert war, forderte die GB-Fraktion – zusammen mit SP und CVP – einen dreijährigen Tagesschulversuch. Die Stadtregierung bekämpfte zwar das Anliegen, doch das Parlament überwies den Vorstoss: Im August 2004 wird im Grenzhofschulhaus hoffentlich die erste Städtische Tagesschule eröffnet. Die SVP will in den kommenden Wochen das Referen-

dum ergreifen. Wir werden für das wichtige Pilotprojekt eintreten, weil wir überzeugt sind, dass wir mittelfristig auf jeder Stadtseite eine Tagesschule benötigen. Das Pilotprojekt Schule+Betreuung, das erweiterte Blockzeiten mit freiwilligem Mittagstisch und freiwilliger Nachmittagsbetreuung vorsieht, wird ebenfalls ab August 2004 in zwei Schulhäusern der Stadt erprobt.

Lehrpersonen stehen täglich vor der Aufgabe, die Bildungsziele zu erreichen. Vermehrt müssen sie sich aber auch der persönlichen und sozialen Probleme ihrer SchülerInnen annehmen. Vor knapp vier Jahren führte die Stadt Luzern Schulsozialarbeit an der Oberstufe ein. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Anzahl der vorhandenen Stellen bei weitem nicht ausreicht. In einer Motion forderte die GB-Fraktion die Einführung der Schulsozialarbeit auch für die Primarschule, da eine wirkungsvolle Präventionsarbeit bereits auf der Unterstufe beginnen muss.

Volksschule muss alle Kinder integrieren

Der Kanton startet im Jahr 2005 erste Pilotprojekte für die neue Basisstufe, die Kindergarten und die ersten beiden Primarklassen zu einer gemeinsamen Stufe verbindet, so dass Spielen und Lernen fließend ineinander übergehen sollen. Wir fordern, dass auch die Stadt Pilotprojekte durchführt. Um die Integration fremdsprachiger Kinder zu verbessern, müssen die Massnahmen aus dem Entwicklungsbericht Volksschule rasch umgesetzt werden. Die Schulkreise sind flexibel zu gestalten, um die soziale Durchmischung der Schulklassen zu verbessern. Die GB-Fraktion fordert, dass alle Kinder, deren Eltern dies wünschen, den Kindergarten während zweier Jahre besuchen können.

Die Oberstufe muss den gesellschaftlichen Anforderungen angepasst werden. Die Niveaustufen sollen eine hohe Flexibilität und Durchlässigkeit gewährleisten. Die Nachfrage für das 10. Schuljahr ist gross. SchulabgängerInnen haben vermehrt Probleme, eine Lehrstelle zu finden. Die GB-Fraktion fordert, dass alle SchulabgängerInnen, die dies wünschen, das 10. Schuljahr besuchen können.



Engagierte LehrerInnen und Schulhausleitungen erarbeiten die Qualität der Städtischen Schulen. Sie benötigen gute Rahmenbedingungen für ihre Arbeit: Das heisst kleine Klassen, eine zeitgemässe Infrastruktur, fachliche Unterstützung, Zugang zur Schulsozialarbeit und transparente Führungsstrukturen. Wir verlangen von der Bildungsdirektion, dass Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen und BetreuerInnen frühzeitig bei Schulentwicklungsprojekten miteinbezogen werden.

Die GB-Fraktion stützt das Kinder- und Jugendparlament. Sie ist überzeugt, dass Kinder und Jugendliche die Welt mitgestalten wollen und sollen. Sie sind die Zukunft. Um im Bereich der Jugendarbeit auch in den Quartieren präsent zu sein, ist es notwendig, die mobile Jugendarbeit weiterzuführen.

Eine Stadt ist niemals fertig gebaut

Cony Grünenfelder

In der vergangenen Legislatur stützte die bürgerliche Mehrheit des Stadtparlamentes vorwiegend die kurzfristigen Interessen von GrundeigentümerInnen und stimmte Umzönungen auch in Briefmarkengrösse zu.

Immerhin konnte die GB-Fraktion die Umzönung des Gebietes Industriestrasse in eine Arbeitszone zwar nicht verhindern, jedoch auf die städtischen Liegenschaften beschränken. Gleichzeitig gelang es der Ratslinken, die Stadt zur Realisierung von 2500 m² Wohnraum in diesem Gebiet zu verpflichten.

Das Gebiet zwischen Bahnhof, Industriestrasse und Wartegrippe ist in den kommenden Jahren ein städtischer Entwicklungsschwerpunkt. Die GB-Fraktion erachtet die beabsichtigte Durchführung eines städtebaulichen Ideenwettbewerbes als nicht ausreichend. Die Stadt muss die Tradition der teilnehmenden Planungen weiterführen und die Bevölkerung in die Planungsprozesse einbeziehen.

Eine wohnenswerte Stadt Luzern braucht attraktiven und bezahlbaren Wohnraum, gute ausserfamiliäre Kinderbetreuungsmöglichkeiten, geringe Verkehrsbelastung, genügend Grünraum, ein breites Kulturangebot usw.

Die Stadt muss an den Wohnanteilen festhalten, nur dies kann die Durchmischung von Wohnraum und Arbeitsplätzen in innerstädtischen Quartieren gewährleisten.

Liegenschaftspolitik – Tafelsilber nicht verscherbeln

Die Zusammenführung von Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde im Jahre 2000 hat das Liegenschafts-Portefeuille der Stadt Luzern vergrössert. Liegenschaftspolitik, ist aber nicht Landveräusserungspolitik sondern Bodenpolitik und beeinflusst damit die Stadtentwicklung, die Sozial- und Wirtschaftspolitik, aber auch die Bildungs- und Kulturpolitik.

Die GB-Fraktion fordert, dass die Stadt als Grundeigentümerin eine aktive Rolle spielt, sei es um Quartiere aufzuwerten, sei es um günstigen Wohnraum bereitzustellen.

Das Parlament überwies eine GB-Motion, die den Stadtrat zur Erstellung eines Liegenschaftsberichtes verpflichtete.

Die Motion forderte einerseits eine umfassende Analyse des Liegenschaftsbestandes und andererseits die Definierung der strategischen Ziele für die künftige städtische Liegenschaftspolitik. Doch die Stadtregierung erfüllte die Aufgabe nur unzureichend, insbesondere machte sie kaum strategische Aussagen zur künftigen Liegenschaftspolitik. Die Mehrheit des städtischen Parlamentes folgte der Einschätzung der GB-Fraktion und beauftragte die Stadtregierung, einen zweiten Liegenschaftsbericht zu erarbeiten. Er soll die strategischen Ziele der städtischen Liegenschaftspolitik aufzeigen.

Die GB-Fraktion fordert weiterhin, dass die Stadt keine Liegenschaften verkauft, um damit die städtischen Finanzen zu sanieren. Die Liegenschaften gehören zum Tafelsilber der Stadt Luzern und dürfen nicht verscherbelt werden.



Städtisches Hallenbad

Das Hallenbad ist sanierungsbedürftig und seine Tage sind – ohne Renovationsarbeiten – gezählt.

Die GB-Fraktion kämpft dafür, dass vor einem definitiven Entscheid für einen Neubau – mit einem Studienauftrag – die Sanierung des bestehenden Hallenbades auf den vergleichbaren Planungsstand gebracht wird. Bereits hat das Stadtparlament auch einen Projektierungskredit für ein neues Hallenbad gesprochen, damit hat der Grosse Stadtrat die Weichen für einen Neubau gestellt. Die GB-Fraktion lehnt diesen Projektierungskredit ab und fordert, dass die StimmbürgerInnen bald zur Grundsatzfrage Neubau oder Sanierung Stellung nehmen können.

Stromrappen-Initiative seit 1998 hängig

Ruedi Schmidig

Das Grüne Bündnis steht ein für die Ausweitung der demokratischen Rechte. Die bürgerlichen Parteien erreichten keine Verhärtung der Einbürgerungspolitik.

Am 1. September 2000 vereinigten sich Einwohner- und Bürgergemeinde zur Neuen Stadt Luzern. Die neue Gemeindeordnung brachte den StimmbürgerInnen die neuen Instrumente Volksmotion und Konstruktives Referendum. Vom ersten Instrument wurde nur vereinzelt, vom zweiten nie Gebrauch gemacht. Auch eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) setzte das Parlament nie ein, obwohl mit dem Bourbaki-Debakel und den KKL-Budgetüberschreitungen zwei skandalträchtige Geschäfte zur Diskussion standen.

Die parlamentarische Arbeit ist komplexer geworden. Als Partner – manchmal Kontrahenten – stehen sich die professionelle Verwaltung mit hochspezialisierten Fachleuten und mit zugezogenen ExpertInnen und die ParlamentarierInnen mit zeitlich (und manchmal auch fachlich) beschränkten Möglichkeiten gegenüber. Zwar übt das Parlament die Obergrenze über die in der vergangenen Legislatur verselbständigten Unternehmen (ewl, VBL, ÖKK, alle im Alleinbesitz der Stadt) aus, wie auch über weitere Institutionen oder Unternehmen, an welchen Stadt eine Beteiligung hält oder mit welchen sie Leistungsvereinbarungen abgeschlossen hat. Doch verfügt die Stadt bis heute trotz verschiedenen GB-Vorstössen noch nicht über die notwendigen neuen parlamentarischen Instrumente.

Ebenfalls noch nicht ausreichend parlamentarisch kontrolliert werden PrivatPublicPartnership-Projekte (PPP-Projekte), wie beispielsweise das KKL oder das

Regionale Eiszentrum. Die wenig erfreuliche Erfahrung: Private legen Bau- und Betriebskonzepte fest, bestimmen die Vergabepaxis, währenddem die öffentliche Hand als Geldgeberin und Defizitträgerin wenig bis keinen Einfluss hat und die parlamentarische Kontrolle praktisch verunmöglicht ist. Die GB-

Fraktion wird unter den aktuellen Bedingungen weitere PPP-Projekte ablehnen.

Mit der Auflösung der Bürgergemeinde fiel die Kompetenz für Einbürgerungen an das Stadtparlament. Rita Ueberschlag, Mitglied der GB-Fraktion, sorgte als Präsidentin der Einbürgerungskommission für ein bewerberInnen-freundliches Klima. Nach ihrem Rücktritt schlug die Fraktion Hans Stutz als neues Mitglied und neuen Präsidenten der Einbürgerungskommission vor. Die bürgerliche Ratsmehrheit lehnte ihn ab, unter anderem mit der Begründung, er sei schweizweit als «Experte für Rassismusfragen» bekannt und deshalb nicht in die Bürgerrechtskommission wählbar. Auf Vorschlag der GB-Fraktion wählte das Parlament dann den damaligen GB-Fraktionschef Ruedi Schmidig zum Kommissionspräsidenten. Eine Verhärtung der Einbürgerungspraxis erreichten die bürgerlichen Fraktionen allerdings nicht, in den vergangenen Jahren hat die Kommission nur wenigen BewerberInnen die politischen Rechte vorenthalten wollen.

Änderung der Einbürgerungspraxis

Nichtsdestotrotz strebt die GB-Fraktion mittelfristig eine Änderung der städtischen Einbürgerungspraxis an: Wie in der Stadt Bern soll die Stadtregierung – nach Vorberatung durch eine Fachkommission – endgültig über eine Einbürgerung entscheiden. Sie geht dabei von der Integrationsvermutung aus, das heisst dass nach der bundesrechtlich erforderlichen zwölfjährigen Wohnsitzdauer die Eignung zur Einbürgerung als gegeben erachtet wird. Bestehen Zweifel, so haben die Behörden diese nachzuweisen.

Die GB-Fraktion wird sich im kommenden Jahr auch für die beiden kantonalen GB-Einbürgerungsinitiativen einsetzen, die einerseits die Einbürgerungskompetenz einer Kommission oder dem Gemeinderat, andererseits abgelehnten GesuchstellerInnen eine Beschwerdemöglichkeit zusprechen wollen. Ein klares städtisches JA ist Voraussetzung für einen allfälligen kantonalen Erfolg.

Auch in der vergangenen Legislatur strapazierten die bürgerlichen Fraktionen in mindestens einem Fall die demokratischen Rechte: Im Juni 1998 reichte das Grüne Bündnis eine Stromrappeninitiative ein, doch im Sommer 2003 verzögerten die bürgerlichen Parteien deren parlamentarische Behandlung erneut, obwohl alle notwendigen Unterlagen vorhanden waren. Das Initiativkomitee verzichtete auf eine (vermutlich erfolgreiche) Beschwerde nur, weil eine solche den weiteren Ablauf auch nicht beschleunigt hätte.



Erfolgreiche Zusammenführung

Agatha Fausch

Durch die Zusammenführung von Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde gelang es, die Sozialpolitik ganzheitlich auszugestalten. Die GB-Fraktion konnte mit ihren Vorstössen wichtige Impulse geben.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Familienergänzende Betreuung muss für alle Kinder einfach erreichbar und für ihre Eltern erschwinglich sein. Die Situation ist günstig. Der Bund fördert die Anstossfinanzierung von Krippen und Horten.

Die GB-Fraktion fordert Krippen in allen Quartieren und Ausbildungsplätze für KleinkindererzieherInnen in allen Krippen wie auch für die Soziallehre und auf beiden Seiten der Reuss je eine Tagesschule sowie ein Schülercafé.

Kinderschutz und Schulsozialarbeit

Die Einrichtung eines Elternnotrufes und professionell geführte Beratungskonzepte sind eine weitere Forderung des Grünen Bündnisses. Väter, Mütter und Kinder sollen niederschwellig und einfach kompetente Beratung und Unterstützung erhalten, auch Schulsozialarbeit muss niederschwellig erreichbar sein.

Ein Nottelofon und ein Schlupfhaus für Kinder in Luzern. Diese GB-Forderung wird nun im Rahmen eines Gesamtprojekts für Kinder- und Jugendschutz schrittweise umgesetzt.

Emanzipatorische Familienberatung muss sich auf ein Netz von familienentlastender Infrastruktur abstützen. Dazu gehören Kinder-Spitex, Haushilfen für Familien, SOS-Plätze für Kinder und Jugendliche oder sozialpädagogische Familienbegleitung.

Lebensqualität für Betagte

In Luzern wohnen viele alte Menschen. Die Stadt verfügt über ein Netz von Hilfsangeboten, namentlich Alterswohnungen, mittelgrosse Alters- und Pflegeheime, Pflegewohnungen in den Quartieren.

Wir unterstützen die stadträtliche Politik, die den Betagten möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen in den eigenen vier Wänden ermöglichen will. Dazu gehört der Ausbau von Hilfestellungen wie Haushilfen, Spitex und weitere Angebote. Auch die

bestehenden stationären Institutionen müssen verbessert und modernisiert werden. Die GB-Fraktion fordert den Aufbau von Abteilungen für Betagte mit einer zunehmenden Altersdemenz, genügend Betten in der Palliativpflege und die Einrichtung eines gerontopsychiatrischen (psychogeriatrisches) Ambulatoriums.

Integration und Soziokultur

Es ist unabdingbar, dass die Stadtpolitik die aktuelle Integrationspolitik zwischen den Generationen, zwischen den Zugewanderten und Einheimischen, zwischen Bevölkerungsschichten und -gruppen mit den verschiedensten Mitteln unterstützt und fördert. Ein Anfang ist mit BaBeL und Rundtischgesprächen in den Quartieren gemacht.

Die Stadt muss sich dafür einsetzen, dass Jugendliche aus dem Ausland in schulischen Überbrückungsangeboten, in SOS- und Integrationskursen darin unterstützt werden, eine Lehrstelle zu finden. Diese Kurse sollen Jugendlichen über das 18. Altersjahr hinaus zugänglich bleiben.

Die Integration von zugewanderten Frauen mit Erziehungspflichten kann mit Sprach- und Integrationskursen speziell gefördert werden. Wir verlangen Informationskonzepte zur Vermittlung von städtischen Publikationen für ausländische Eltern und Neuzuziehende.

Drogenpolitik

Die GB-Fraktion setzt sich für eine flexible Weiterentwicklung der städtischen Drogenpolitik ein und unterstützt das Fixerraum-Pilotprojekt.

Infrastruktur für Arbeitslose

Wir unterstützen die städtischen Projekte für Ausgesteuerte und Langzeitarbeitslose, fordern aber einen flexiblen Umgang mit den Folgen der Verschlechterungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Die GB-Fraktion fordert, dass die Stadt sich beim Kanton für folgende Punkte einsetzt:

- Ausbau des Projektes Velodienst und Velostation am Bahnhof
- Schaffung von Projekten zur Umschulung und Eingliederung von Ausgesteuerten und Langzeitarbeitslosen



Alternativ-Kultur muss im Stadtzentrum bleiben

Katharina Hubacher

Nicht nur die etablierte Kunst, auch alternative Kultur soll in der Stadt Luzern ihren Platz haben. Kulturförderung geht über die Stadtgrenzen hinaus und muss regional sein.

Luzerns grosse Kulturbauten stehen gesichert, einige kleine Kulturhäuser sind jedoch bereits wieder gefährdet: Die Tatsache der verlorenen Abstimmung zur Sanierung der Boa Liegenschaft darf nicht dazu führen, dass dieser Kulturbetrieb schleichend eingeschläpft wird. Die Alternativkultur soll weiterhin in dieser Stadt gelebt und betrieben werden können. Die ursprüngliche inhaltliche Ausrichtung der Boa: «Ein Raum für nicht-etablierte, nicht-kommerzielle Kultursparten und Gruppierungen», muss dabei der Leitgedanke bleiben. So muss für die emissionsreichen Veranstaltungen ein gut erreichbarer und geeigneter Raum gefunden werden. Dafür setzen wir uns ein.

KKL

Die Einsicht, dass ein entschuldetes KKL eine Überlebenschance hat, bewog auch uns, der Entschuldung des KKL und einer Erhöhung des Betriebsbeitrags zuzustimmen. Das GB fordert nun allerdings von der Stadt, dass sie ihre Einflussmöglichkeiten umfassend wahrnimmt.

Nischen fördern

Kulturbauten allein bürgen noch nicht für eine lebendige Kultur. Daher fordern wir, dass genügend Mittel für die Betriebe und für kulturelle Produktionen zur Verfügung gestellt werden.

Es muss möglich sein, in dieser Stadt künstlerisch zu schaffen. Die AbsolventInnen der beiden Fachhochschulen können ihr kreatives Potenzial nur ausschöpfen, wenn sie auch gute Produktionsbedingungen vorfinden.

Ein urbaner Raum soll auch Nischen, Plätze und Räume enthalten, in denen Neues, Kreatives, Ungewohntes, Kritisches und Widerspenstiges entstehen kann. Nur so bleibt die Stadt lebendig und letztlich attraktiv. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadtentwicklung nicht

dazu führt, dass alte Liegenschaften, die bezahlbaren Raum für Ateliers und Proberäume darstellen, dem reinen Profitdenken zum Opfer fallen.

Kleine und grosse Festivals bereichern zwar das kulturelle Angebot. Doch wenn etablierte Festivals zu rein kommerziellen Veranstaltungen verkommen, soll der Mut dazu da sein, bisherige Unterstützungen zu verlagern. Viele Festivals, auf die wir heute stolz sind, haben klein angefangen ...

Kulturförderung regional abstimmen

Kultur überspringt Grenzen, auch Gemeindegrenzen. Die Kulturförderung der Stadt, der Agglomerationsgemeinden und des Kantons sind daher besser aufeinander abzustimmen. Das Grüne Bündnis fordert, dass Kanton und Stadt Luzern die finanzielle Hauptverantwortung für die grossen Kulturinstitutionen mit überregionaler Ausstrahlung regeln. Das GB tritt auch dafür ein, dass das Luzerner Theater und das Luzerner Sinfonieorchester definitiv in die Verantwortung des Kantons übergehen. Kultur erhöht die Lebensqualität einer Gemeinschaft und ihrer Mitglieder. Sie trägt wesentlich zur individuellen Identitätsbildung und zur sozialen Integration bei. Indem die Stadt Luzern Kultur fördert, unterstützt sie diese positiven Prozesse. Eine Kulturpolitik, die ein vielfältiges Angebot ermöglicht, ist zudem ein Standortvorteil. Durch ein breites Kulturangebot werden Stadt und Region Luzern überregional und international attraktiver.

Abbau beim öko-forum

Rita Meyer-Facius

In der Umweltpolitik folgen den Absichtserklärungen nur wenig Taten. Die bürgerlichen Parteien kürzen die Gelder selbst bei fachlich unbestrittenen Institutionen wie dem öko-forum.

Die Umweltbedingungen haben sich in den letzten vier Jahren auch in der Stadt Luzern wenig verbessert: ein paar zusätzliche Tempo-30-Zonen bringen nur eine geringfügige Entlastung der Bevölkerung von Lärm und Luftverschmutzung. Als im Sommer 2003 die Ozonbelastung hoch und die Grenzwerte dauernd massiv überschritten wurden, ordneten weder Bund noch Kanton noch Stadt Massnahmen zur Eindämmung des motorisierten Verkehrs an.



An schönen Absichtserklärungen fehlt es nicht. Das Stadtparlament beispielsweise genehmigte den Richtplan Energie einstimmig. Dieser verlangt den sparsamen Umgang mit Ressourcen, eine Senkung der Emissionen und Immissionen, eine rationellere Energienutzung, die Substitution fossiler Brennstoffe, Förderung erneuerbarer Energie, eine ganzheitliche Betrachtung der Energieversorgung und -nutzung. Die Umsetzung ist noch offen: Das Grüne Bündnis fordert, dass die Stadt ihrer Vorreiterrolle gerecht wird und diesen Energiestandard in ihren eigenen Liegenschaften umsetzt.

Konkrete Massnahmen stossen auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien. Bereits 1998 reichte das Grüne Bündnis ihre Stromrappeninitiative ein, die eine Abgabe von mindestens einem Rappen pro Kilowattstunde zur Förderung von dezentraler erneuerbarer Energieproduktion verlangt. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit hat bis heute eine materielle Behandlung der GB-Initiative verhindert. Zum letzten Mal im Sommer 2003, als sie plötzlich ein weiteres Rechtsgutachten verlangte und dies, obwohl alle hängigen Fragen bereits schlüssig beantwortet waren. Gute fünf Jahre nach Einreichung der Volksinitiative können die StimmbürgerInnen immer noch nicht darüber entscheiden, ob sie Anreize zum Energiesparen – wie im Richtplan Energie beschlossen – einführen wollen.

Diskrepanz zwischen Worten und Taten

Die Diskrepanz der bürgerlichen Parteien zwischen Worten und Taten musste das öko-forum schmerzlich erfahren. Im öko-forum leistet ein engagiertes, kleines Team kompetent die gesetzlich vorgeschriebene Umweltberatung, betreibt Aufklärungsarbeit, führt eine Umweltmediothek, macht Führungen und Veranstaltungen, informiert über Ökologie. Das brachte dem Team von allen Parteien im Parlament viel Lob und Anerkennung ein. Trotzdem beschlossen die bürgerlichen Parteien die Kürzung des städtischen Beitrags per 2008 um 30'000 Franken. Das Grüne Bündnis wird in der kommenden Legislaturperiode versuchen, diesen Entscheid wieder rückgängig zu machen.

Jahrzehntelang litten die Biregg-BewohnerInnen unter dem Schiesslärm. Die Auslagerung der Schiessanlage Allmend nach Kriens und Emmen ist an sich erfreulich, hat aber einen hässlichen Haken: Die Stadt Luzern exportiert ihren Schützenlärm ins Emmer Hüslensmoos, einer Anlage, welche die Bestimmungen der Lärmschutzverordnung noch nicht erfüllt. Auch verursachergerechte Abfallentsorgungsgebühren helfen Energie zu sparen. Sie för-

dern den ökologischen Umgang mit Abfällen, da Wiederverwertbares vom brennbaren Kehricht getrennt entsorgt wird. Seit der Einführung im Juli 2003 verzeichnen Grünabfuhr-, Altglas-, Weissblech-, Karton- und Papiersammlungen markant höhere Mengen, der brennbare Hauskehricht hingegen hat um etwa ein Drittel abgenommen. Eine kleine Verbesserung gab es für Velofahrende: Am Schweizerhofquai können sie stadtauswärts nun auf Velospuren fahren und eine begrenzte Radroute auf dem Quai zur Haldenstrasse benützen.

Nachhaltigkeit ist ein Verfassungsziel

Im April 1999 befürworteten die Schweizer StimmbürgerInnen die neue Bundesverfassung, in der die nachhaltige Entwicklung in den Rang eines Staatsziels erhoben wurde. Bund und Kantone haben den verbindlichen Handlungsauftrag, «ein auf die Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch Menschen andererseits» anzustreben.

Nachhaltig ist eine Entwicklung, wenn sie gewährleistet, dass weltweit die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen.

Das Grüne Bündnis setzt sich dafür ein, dass dieser Handlungsauftrag bei allen Geschäften miteinbezogen wird.



Grossstadtratswahlen
Sonntag, 28. März 2004

Liste 12

GRÜNES BÜNDNIS

Liste 17

JUNGE GRÜNE

Steuersenkungen erschweren nötige Investitionen

Hans Stutz

Auch die Finanzpolitik der Stadt Luzern trägt dazu bei, dass die Umverteilung von unten nach oben weitergeht.

Im Herbst 2002 setzten die bürgerlichen Parteien eine Steuerfussreduktion von zwei Zwanzigstel Einheiten durch, nachdem der Stadtrat eine solche von einem Zwanzigstel vorgeschlagen hatte. Die GB-Fraktion kämpfte – zusammen mit den SozialdemokratInnen – erfolglos gegen diese Politik, da eine Steuerfussreduktion den Abbau des sozial- und bildungspolitischen Nachholbedarfes der Stadt Luzern gefährdet.

Zwar hat sich die finanzpolitische Lage der Stadt seit Beginn der Legislatur markant verbessert, doch hat die Stadt ihr Ziel nicht erreicht, nämlich ihre Rechnung über einen Konjunkturzyklus hinweg auszugleichen. Noch immer muss die Stadt rund 11 Mio. Franken Schuldzinsen pro Jahr aufbringen. Das KKL wird wegen den langfristigen Ersatzinvestitionen die Stadtkasse belasten.

Auch betreibt der Stadtrat eine Politik, wonach Gebühren wenn immer möglich auf dem gesetzlichen Maxima erhoben werden

sollten. Dies ist – zumindest bei Amtshandlungen, die mit Geschäften des täglichen Lebens (Geburten, Todesfälle, Passbestätigungen, etc.) zu tun haben – abzulehnen. Denn: Gebühren sind unsozial, weil sie die finanzielle Leistungsfähigkeit nicht berücksichtigen.

Die Beschercung einer falschen Steuerpolitik hat die Stadt bereits in diesem Jahr einfahren müssen. Bereits für 2003 prognostizierte der Stadtrat ein Defizit von rund 3,7 Millionen Franken, dies allerdings erst nach einer ersten «Spar- und Verzichtplanung» (knapp 3,5 Millionen), dies unter anderem auf Kosten des städtischen Personals. Eine zweite

Sparübung wurde bereits aufgegleist, doch vorerst (noch?) nicht umgesetzt, sie bringt – unter anderem – sehr problematische Einschnitte bei den Schulen. Im Bereich der Investitionen zeigt sich für die kommenden Jahre ein absoluter Engpass, ebenfalls teilweise Folge der unüberlegten Steuersenkung. Für

die Planperiode 2004–2007 sind Investitionen für rund 250 Millionen Franken vorgesehen. Gemäss beschlossenen Investitionsplafonds stehen aber nur jährlich 38 Mio., also total 152 Mio. zur Verfügung. Es fehlen also rund 100 Mio. Franken. Die längerfristige Planung über 2007 hinaus prognostiziert Investitionskredite von insgesamt 317 Mio. Erfahrungsgemäss steigen die Summen, je detaillierter die Projekte ausgearbeitet sind. Natürlich lassen sich nötige Investitionen immer wieder hinausschieben. Aber sollen die Sanierungen der Schulhäuser oder die Anpassungen bei den Betagtenzentren noch einmal verzögert werden? Kann ein Neubau der Langensandbrücke hinausgeschoben werden? Sollen Investitionen in den öffentlichen Verkehr weiter hinausgeschoben werden?

Die bürgerlichen Parteien folgen neoliberalen Hirngespinnsten. Sie wollen einen verschärften Steuerwettbewerb fördern, statt die Steuerharmonisierung voranzutreiben. Das Grüne Bündnis tritt dafür ein, dass der sozialpolitische Nachholbedarf baldmöglichst abgebaut wird und die in den letzten Jahren immer wieder hinausgeschobenen Sanierungen und Renovationen bei Schulhäusern und Betagtenzentren angepackt werden.

Südzubringer heisst jetzt Spange

Philipp Federer

Die städtische Verkehrspolitik ist geprägt von kleinen ökologischen Reformen und Plänen für grosse Strassenbauten. Die GB-Fraktion begrüsst die Sofortmassnahmen für den öffentlichen und den Langsam-Verkehr und wird die grossen Strassenbauvorhaben bekämpfen.

Die Stadt Luzern setzte in den vergangenen Jahren viele kleine ökologische Verbesserungen um: Mehr und grössere Tempo-30-Zonen, Velostation am Bahnhof, neue Bahnhaltstellen, oberirdische Strassenüberquerung beim Kasernenplatz. Auch soll ab Dezember 2004 das Busnetz verbessert und der Betrieb ausgebaut werden.

Stadtbahn statt Strassenbau

Doch die Verbesserungen erscheinen mickrig im Verhältnis zu den Strassenausbauprojekten. So wollen Kanton und Stadt eine Autostrasse vom Grosshof in das Tribschengebiet bauen und begründen dies wenig überzeugend: Die Obergrundstrasse soll für den Bus



entlastet werden. Nur: Die neue Strasse wird massiv mehr Verkehr ins Zentrum der Stadt locken. Spange nennen Kanton und Stadt das Projekt, früher hiess es Südzubringer und verkam zu einer Planungsleiche.

Kanton und Stadt lancieren weitere Grossvorhaben, bsp. das Bypassprojekt: Ein unterirdischer Tunnel soll von Kriens (Nidfeld) bis Emmenbrücke (Kehrichtverbrennungsanlage) führen. Die GB-Fraktion wird dieses Projekt bekämpfen, weil es nur die Autobahn entlastet und das Geld für den öV fehlen wird.

Die GB-Fraktion unterstützt die Absicht: Kriens soll mit der Bahn erschlossen werden. Doch sie kann sich nicht mit dem favorisierten Projekt anfreunden: dem unterirdischen Bahnanschluss. Die GB-Fraktion fürchtet, dass die Verkehrsplaner eine unmögliche Variante favorisieren, um das Projekt sterben lassen zu können. Sie tritt für eine Stadtbahn ein. Nicht nur weil diese – gemäss Planungsstudie Jud – mindestens sechsmal billiger gebaut werden kann, sondern auch weil sie Kriens mit mehr Haltestellen abdecken kann. Fazit: Eine Stadtbahn bietet mehr Fahrkomfort als eine unterirdische Bahn, und sie kann zusätzlich den Busbetrieb ersetzen, was betriebswirtschaftlich Sinn macht.

Weitere Anliegen der vergangenen Legislaturperiode

Die GB-Fraktion wollte mehr städtische Wohnlichkeit und forderte ein zusammenhängendes Velowegnetz. Zusätzlich intervenierte sie gegen den Fluglärm, den Flugshows hervorriefen. Konsequenter Schutz bringt nur ein Verbot von Flugshows.

Leider scheiterten in dieser Legislatur die Aufwertung und Gestaltung des Grendels und des Löwengrabens. Auch der Schweizerhofquai ist immer noch nicht saniert: Provisorien und Flickwerke werden deshalb für weitere Jahre die Verkehrsführung am Schweizerhofquai bestimmen.

Gegen den Willen der GB-Fraktion setzten die bürgerlichen Fraktionen (zusammen mit einigen SP-ParlamentarierInnen) im Grossen Stadtrat durch, dass die neue und notwendige Langensandbrücke massiv verbreitert wird. Die GB-Fraktion bekämpft insbesondere die zusätzliche Autospur stadtauswärts, da diese einzig dem geplanten Südzubringer dient.



Englischferien

www.english-on-dartmoor.com
in einem Landhaus in Devon (S-W-England)

Am Morgen jeweils individueller Englischunterricht.
Am Nachmittag: walks, talks and visits
im Dartmoor, an der Westküste von Devon,
in den malerischen Ortschaften der Gegend.

Du lebst in Tinavor Cottage in Aish
am Südrand des Dartmoors.
Das Essen ist vegetarisch.
Das Mindestalter: 22 Jahre.

Auskünfte und Anmeldungen bei
Lynn Rawlinson
Lynn@english-on-dartmoor.com
Telefon: 0044 1364 73117

CasaConsult

R. Fankhauser & L. Theiler
das andere Immobilienbüro

Wir beraten Sie gut, verwalten oder
verkaufen Ihre Liegenschaft zu fairen
Bedingungen nach Grundsätzen des
Hausvereins. Wir haben immer
interessante Angebote.

Postfach 391, 3000 Bern 7, 031 312 95 14
www.casaconsult.ch

Xundheit

versichert

Pilatusstrasse 28
6002 Luzern
fon 041 227 77 94
fax 041 227 77 33
www.xundheit.ch



Oeko-Hotel Gruebisbalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern. Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebisbalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70
email: oeko-hotel-gruebisbalm-rigi@bluewin.ch

Legislaturrückblick der L20, 2000–2004

L20 wieder im Gemeinderat

Sibylle Wüthrich, Einwohnerrätin, Horw; Jörg Stalder, Einwohnerrat, Horw

Die neue Legislatur im Horwer Einwohnerrat schien viel versprechend zu werden, schliesslich begann sie im gleichen Jahr wie das neue Jahrtausend. Doch unsere Fraktion wurde schnell vom Ratsalltag eingeholt, denn die L20 war seit den Wahlen 2000 nicht mehr im Horwer Gemeinderat vertreten. Dies bedeutete wiederum die Oppositionsrolle für die L20, und anstatt uns im neuen Jahrtausend zu befinden, wurden wir acht Jahre zurückversetzt und sahen uns einem rein bürgerlichen Gemeinderat gegenüber. Diese neue Situation galt es wahrzunehmen; wir suchten ihr die positiven Seiten abzugewinnen und opponierten stark, aber fair. Vorausschauend war die Rückkehr einer Vertretung der L20 in den Gemeinderat bei unseren strategischen Überlegungen ein zentrales Ziel.



Spardebatten

Einen nicht gerade erfreulichen Einstieg bot uns die Steuerpolitik der Gemeinde Horw. Bereits an einer der ersten Sitzungen wurde eine nicht unbedeutende Steuersenkung präsentiert, die sicher nicht im Sinne der L20 war. Diese Steuersenkung gab bereits 2002 sowie beim heutigen Budget Anlass zu heftigen Spardebatten. In eine solche Debatte war auch die Einführung der Tagesbetreuung für Kinder eingebunden. Gegen den herrschenden Sparwillen konnten wir mit unserem grossen Einsatz doch noch den Start der «Minimalvariante» herausholen.



Neugestaltung Kantonsstrasse

Ebenfalls einen grossen Einsatz der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte erforderte immer wieder die Ortskernplanung und die Neugestaltung und Verkehrsberuhigung der Kantonsstrasse. Mit viel Engagement, Überzeugungskraft und Durchhaltevermögen seitens der L20 konnten einige wesentliche Aspekte eingebracht werden, besonders im Bereich der Neugestaltung der Kantonsstrasse. Noch ist das Schlusswort dieser Planung nicht gesprochen, doch wir hoffen auf Unterstützung der von uns befürworteten Begegnungszone in der zurzeit laufenden Meinungsumfrage und ein gutes Ergebnis bei der Volksabstimmung vom Mai 2004.

Grün-verträglich bauen und planen

Sachgeschäfte wie die Gestaltung der neuen Flächen auf der A2-Überdeckung, verschiedene notwendige Leitungsbauten und mit der A2 zusammenhängende Strassenumbauten wurden beschlossen, wobei die L20 vor allem die Anliegen der Fussgänger, des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs unterstützte. Weiter konnten zwei Anliegen der L20 regional gelöst und zu einem positiven Abschluss gebracht werden: Der Ökihof Horw-Kriens konnte im Herbst 03 eröffnet werden und der Schiessbetrieb auf der Allmend wurde per Ende 2003 sozusagen stillgelegt. In der Debatte zum Entwicklungsschwerpunkt Schlund wurden von unserer Seite ein haushalterischer Umgang mit den Boden sowie ein Masterplan für eine geordnete Entwicklung propagiert. Hier hoffen wir auf eine Umsetzung in diesem Sinne und werden die Entwicklung im Auge behalten.

Revision Gemeindeordnung

Die Revision der Gemeindeordnung wurde von uns mit vielen Anregungen begleitet. Leider fanden viele unserer eingebrachten Anliegen, zum Beispiel Ausbau der Volksrechte, kein Gehör. Wir überlegten uns sogar eine ablehnende Parole zur Abstimmungsvorlage, wollten jedoch die positiven Neuerungen wie Flexibilisierung der Gemeinderatsämter und Zusammenlegung von Einwohner- und Bürgergemeinde nicht gefährden.

L20 zurück im Gemeinderat

Die Highlights der noch nicht ganz abgeschlossenen Legislatur waren natürlich unser Wiedereinzug in den Gemeinderat mit Oskar Mathis als Sozialvorsteher und unser erster Einwohnerratspräsident Jörg Stalder. An dieser Stelle danken wir nochmals allen, die uns bei unserem Wirken unterstützt haben, und hoffen, bei den kommenden Wahlen wieder auf Sie zählen zu dürfen!

Gemeindewahlen in Kriens

Es ist spannend in der Agglo ...

GB-Fraktion Einwohnerrat Kriens

... in der laufenden Legislatur

Wenn wir unsere Interpellationen, Postulate und Motionen der vergangenen Legislatur durchgehen, fallen uns drei Dinge auf:

1. Kriens lebt stark von seinen Naherholungsgebieten an den Hängen des Pilatus und des Sonnenbergs auf der anderen Seite. Ein beachtlicher Teil unserer Arbeit galt deshalb der Sorge um diese «ökologischen Ausgleichsflächen». Sendeanlagen mitten im Grünen, unerlaubte Bautätigkeit in der Grünzone, Wanderwege, etc. sind Themen, die wir eingebracht haben. Wir sind überzeugt, dass unsere Beharrlichkeit zum Schutz der Umgebung viel bewirkt und weiterhin ein wichtiger Bestandteil Grüner Krienser Politik sein muss.

2. Besonders freut uns, dass wir auch über unser Stammthema hinaus stark wirksam waren und gehört wurden: Damit haben wir bewiesen, dass unser Verständnis von Grün auch eine Grüne Finanzpolitik oder eine Grüne Sozialpolitik etc. umfasst. Dank uns – eigentlich müsste es hier heissen: mitunter dank uns, aber unser Beitrag war in diesen beiden Fällen weit überdurchschnittlich, und deshalb erlauben wir uns ganz unbescheiden diese Formulierung – ist es den Bürgerlichen nicht gelungen, mit drastischen Steuerspar-initiativen Kriens finanziell ausbluten zu lassen, oder es ist dem Gemeinderat nicht gelungen, klammheimlich das Tagesheim zu schliessen (geschlossen hat er es trotzdem, aber er kam ganz ordentlich ans Wetter hinaus).

3. Ab und zu konnten wir auch eigene Themen setzen und nicht nur gegen unsinnige Vorhaben des Gemeinderates oder der Bürgerlichen antreten; z. B. beim Einsatz für mehr Transparenz in der Verwaltung oder bei der Förderung der biologischen Landwirtschaft auf Gemeindegebiet. In Zukunft allerdings möchten wir vermehrt selber Themen besetzen und mit konstruktiven Vorschlägen für mehr Lebensqualität in Kriens eintreten. Deshalb ... siehe unten

... und in Zukunft

Genau deshalb wollen wir im Parlament wie in der Exekutive mehr Einfluss gewinnen: Im Parlament konnten wir vor vier Jahren einen Sitz dazugewinnen, den wir mit Susanne Lanz glücklich und gut besetzen konnten. Als

Patrick Graf in den Grossen Rat nachrückte, war der Restaurator Heinz Schwarz bereit, unser Dreierteam im Einwohnerrat zu unterstützen. Gerne würden wir nun einen obendrauf geben und einen vierten Sitz dazugewinnen. Die Resultate der Nationalratswahlen und unsere Präsenz in den vergangenen vier Jahren dürfen uns zumindest hoffen lassen.

Im Gemeinderat sieht es so aus: Die Chancen stehen gut, dass die SP-Frau Helene Meyer vom Umwelt- und Sicherheitsdepartement ins Präsidium wechseln kann. Dazu braucht die SP allerdings unsere Unterstützung. Im Gegenzug erwarten wir, dass die SP ihrerseits uns unterstützt, damit wir ihr Departement «erben» können. Nur so gewinnt der mit 4/5 bürgerlich besetzte Gemeinderat ein neues



Profil. Darüber hinaus sind wir überzeugt, dass uns von unserem ständig gewachsenen Wähleranteil her und durch die Tatsache, dass unser Kandidat Cyrill Wiget ein ausgewiesener Umweltfachmann ist, KMU-Erfahrung hat und in der ganzen Gemeinde bekannt ist, dieses Amt zusteht. Die Rot-Grün-Mitte-Regierung der Stadt steht uns diesbezüglich Pate. Leider tritt nun die SP im ersten Wahlgang mit zwei Personen an. Wenigstens aber treten GB und SP als «rot-grün» auf und nehmen sich gegenseitig auf die Liste. Das GB Kriens wird einen glaubwürdigen und starken Wahlkampf für zwei VertreterInnen eines sozialen und ökologischen Kriens in den Gemeinderat führen.

Gemeindewahlen Emmen

Sag mir wo die Frauen sind

GB-Vorstand Emmen

Die Ausgangslage für die Parlamentswahlen sind so günstig wie noch nie, und auch ein Gemeinderatssitz liegt in Reichweite. Wermutstropfen ist die mühsame Suche nach Kandidierenden, vor allem die schwache Vertretung der Frauen.

Regionalflygplatz und Einbürgerungen

Das GB Emmen hat in den vergangenen vier Jahren hartnäckig und erfolgreich gearbeitet. Als grösster Erfolg ist sicher die Verhinderung des Regionalflygplatzes zu bezeichnen. 96 % der Emmer Bevölkerung sagten Nein zu einer Regionalflygplatzlösung. Schon in den frühen 90er Jahren schlossen wir uns mit dem Widerstand in Buochs kurz, um nicht gegeneinander ausgespielt zu werden. Die Taktik ist bis heute von Erfolg gekrönt, vor allem, wenn man das peinliche Hickhack in Kloten verfolgt, wo jede Anflugrichtung ihren eigenen Schutzverband hat, die sich gegenseitig bekämpfen. Die Gründung des politisch breit abgestützten «Schutzverbandes der Bevölkerung um den Flugplatz Emmen» ist denn auch ein Werk des GB Emmen, und an der Bündelung des Widerstands hinter eine Abstimmungsparole hatten wir massgeblichen Anteil.

Beim zweiten grossen Thema, der Einbürgerungs- und Integrationsfrage, zeichnet sich erst seit dem Urteil des Bundesgerichtes eine Lösung ab, nachdem unsere Vorschläge wiederholt gescheitert sind. Ein Trost ist, dass eine von uns vorgeschlagene Lösung – Einbürgerung durch eine Kommission – nun als Vorstoss der FDP von allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten unterzeichnet worden ist.

Ein Erfolg ist auch die «Charta Emmen», das Strategiepapier für die Entwicklung der Stadt Emmen. Wir haben kürzlich unsere «alten»

Wahlplattformen drei Legislaturen zurück hervorgeholt und überarbeitet. Viele Punkte, die wir 1991 aufgelistet hatten, sind jetzt Bestandteil der Charta Emmen geworden.

Fraktionsgemeinschaft mit der SP

Nachdem die SP jahrelang durch interne Zwistigkeiten politisch lahm gelegt war, ist es vor einem Jahr zur Abspaltung des «demokratischen emmen» gekommen. Die Spaltung hat uns zu einer Fraktionsgemeinschaft mit der SP «gezwungen». Bisher hat sich die Fraktionsgemeinschaft als Segen erwiesen, wir haben uns sehr gut gefunden. Dieses Teamwork war sicher auch der Grundstein dafür, dass wir bei den Ersatzwahlen in den Gemeinderat die Kräfte bündeln und eine ausgezeichnete Ausgangslage für die Gesamterneuerungswahlen schaffen konnten. Der zweite Platz noch vor der CVP war eine grosse Genugtuung, wenn auch der Vorsprung von SVP-Dickkerhof aufzeigt, wo das Herz der Gemeinde schlägt.

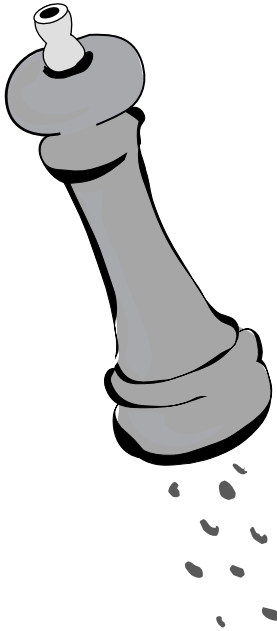
Und nun einen dritten GB-Sitz holen und die Linke in den Gemeinderat bringen!

Die Ausgangslage dazu ist so gut wie noch nie. Nach dem Debakel der Bundesratswahlen ist die ganze Bevölkerung aufgerüttelt und bereit, Flagge zu zeigen. Die ganze Bevölkerung? Nein, in Emmen sind die Grünen Parteimitglieder und vor allem die Frauen offenbar davon ausgenommen. Was wir für die Ersatzwahl in den Gemeinderat bereits im Sommer verzweifelt und vergeblich versucht haben, sieht leider für die Gesamterneuerungswahl nicht besser aus: Für die Exekutive weit und breit keine Kandidatin, für die Legislative mit Hängen und Würgen einzelne. Eine ausgeglichene Frauen-Männer-Liste steht in weiter Ferne. Wenn es konkret wird, ist die Frage der Frauenvertretung offensichtlich etwas, was heute im GB mehr die Männer interessiert – ein Frust! Hoffen lässt uns hingegen das Interesse und Engagement von jungen NeueinsteigerInnen. Das gibt frischen Wind und ermutigt hoffentlich auch weitere Frauen und Männer, aktiv mitzutun. Es gibt noch viel zu tun in Emmen, und wir bleiben auf jeden Fall dran!

ARLECCHINO

CAFETERIA & GALERIE

Habsburgerstr. 23
6003 Luzern
Tel 041 210 64 41
Mo-Fr 6.30 - 20.00
Sa 7.00 - 18.00
So 9.00 - ca. 17.00



Kantonsingenieur Rey, befragt zum Alternativprojekt am Schwanderholzstutz, ist schon gegen die Idee, weil der Viadukt versteckt wird. **Er liebt lieber landschaftsdominierende Viadukte** als versteckte Strassenbauten. Arme EntlebucherInnen: Ein wesentlich kürzerer, billiger und versteckter Viadukt hat doch nur Vorteile!

Jetzt rumort es in der SVP, und ein richtiger Aderlass findet statt. Demissioniert haben Ruedi Stöckli, PR-Chef, Emil Grabherr, Strategiechef, und Renée Arnold, Sekretärin der Kantonalpartei. Veränderungen kennen alle Parteien, jedoch die Begründungen der drei Demissionen sind **SVP-like**. Was ist mit einer Partei los, deren «Chrampfer» ihre Demission begründen mit «Verschiedene Vorkommnisse während der Wahlen und **Ungereimtheiten in der Partei** haben mich zu diesem Schritt bewogen»? Oder «Emil Grabherr fühlte sich von der Partei nie richtig getragen, was ihn dann schlussendlich zu diesem Schritt bewogen hat, sein Amt abzugeben».

1,8 Mrd. für neue Strassen in der Stadt Luzern (Neue LZ vom 19.12.03). Am Vortag hatte die Stadt mittels Grossstadtratsbeschluss einen Baurechtsvertrag an der Eichwaldstrasse mit der Stiftung für Schwerbehinderte abgesegnet. Am nächsten Tag erhielten sie **als Zugabe den Tunnelanschluss vor ihre Haustüre geliefert** (Bericht 4 zur Spange/Südzubringer). Nach einem alten Slogan fragen wir: «Wer ist denn hier behindert?»

Des Kommentators Senf zu den Bundesratswahlen: **Jetzt kann das Putzinstitut in Bern so richtig blochern und ausmerzen**. Gewählt wurden zwei Vertreter, die lange das Apartheidregime in Südafrika stützten und sich gegen die Emanzipation der Frauen stell-

ten. Der eine war gegen das neue Eherecht, der andere gegen das Frauenstimmrecht. Zum Glück lässt sich dies nicht rückgängig machen, jedoch wir kennen die wahren Geistesgrundlagen dieser Gruseldemokraten.

Hans Beat Schaffner hat ein Buch in Interviewform zu den Grünen geschrieben. Das Buch «**Grün bewegt**» liest sich gut, ist sehr persönlich gehalten und ist im Buchhandel für 29.80 Fr. erhältlich. Das Seki hat noch ein paar Exemplare für 20.- Fr. Die biographischen Themen, Anliegen, Erfolge, Enttäuschungen und Zukunftshoffnungen sind spannend dargestellt. Überraschend war für mich, wie viele aus internationaler Solidarität (Drittweltbewegung) zu den Grünen gestossen sind. Schönheitsfehler hat das Buch auch, mehrheitlich kommen Zürcher und Männer zu Wort. Leider fehlen Interviews mit Cécile Bühlmann, Monika Stocker oder mit der aus dem Jura stammenden ehemaligen GPS-Vizepräsidentin Erica Hennequin. Belustigend ist die Namensverwechslung im Inhaltsverzeichnis, aus Anne-Catherine Menétrey wird Anne-Catherine Schmid, direkt nach Adrian Schmid.

Impressum

Herausgeber

Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

Redaktion

Jürg Aebi, Heinz Bähler-Trinkler, Natalie
Kamber, Maria Portmann, Michael Töngi

Korrektorat

Nina Ceresa

Inserate

Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

Konzept und Gestaltung

Marcel Gasser, Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Tel. 041-360 52 52, Fax 041-362 22 37

Druck

Gegendruck, Neustadtstr. 26, 6004 Luzern
Tel. 041-360 82 70, Fax 041-362 22 37

Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1350 Exemplare

Abonnement

Ein Jahr Fr. 20.- Abo

Ein Jahr Fr. 50.- Unterstützungsabo

Redaktionsschluss

RundBrief 2/2004, 7. Februar 2004

Rundbrief

Agenda

Januar

- Datum Zeit Veranstaltung · Ort
Mo 26. 19.30 **Kantonaler Vorstand**, Sekretariat GB

Februar

- Datum Zeit Veranstaltung · Ort
Mo 02. 20.10 **Städtischer Vorstand**, Sekretariat GB
So 08. **Abstimmungssonntag**
Di 10. 19.30 **LABA-Veranstaltung zur Finanzpolitik**, Hotel Anker, Luzern

März

- Datum Zeit Veranstaltung · Ort
Mo 01. 19.30 **Kantonaler Vorstand**, Sekretariat GB
(Einbürgerungsinitiativen)
Sa 06. **Wahlpléno Studer-Stämmer-Meier**, Luzerner Theater
Mo 22. 19.30 **GB-Frauentreff**, Sekretariat GB
Sa 27. 10.00 **Gleichstellungsforum**, Gersag Zentrum, Emmenbrücke
So 28. **Stadtrats- und Gemeinderatswahlen**

Rundbrief

Einladungen

LABA-Veranstaltung

Nachhaltiger Umgang mit Finanzen

Wie mit öffentlichen Geldern umgegangen werden soll, darüber scheiden sich die Geister. Im Vorfeld der Stadtratswahlen 2004 organisiert LABA zu dieser Thematik ein Podiumsgespräch mit Kandidaten der im Grosse Stadtrat vertretenen Parteien. Der amtierende Stadtrat mit Ursula Stämmer-Horst, Urs W. Studer, Franz Müller, Kurt Bieder und Ruedi Meier, haben ihre Teilnahme zugesagt. Die Vertretung der SVP war bei Redaktionsschluss dieses Rundbriefs noch nicht bekannt.



Zeit und Ort:
Dienstag, 10. Februar 2004, 19.30 Uhr, Hotel Anker